

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

## Gute Arbeit – Löhne – Rente

Die Partei DIE LINKE führt seit Herbst des vergangenen Jahres eine bundesweite Kampagne unter dem Titel „Gute Arbeit – Gute Löhne – Gute Rente“ durch. Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind aufgefordert, sich in diesen Diskurs und die daraus folgenden Aktionen einzubringen. Worum geht es, warum eine linke Rentenkampagne?

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen müssen wieder Renten erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweisen. Dazu müssen sämtliche Kürzungen aus der Rentenformel gestrichen werden.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 67 Jahre lehnen wir ab, weil sie für die meisten zu hohen Abschlägen führen wird und deswegen nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten bewirkt. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen. Dafür kämen geförderte Altersteilzeitmodelle wie auch der erleichterte Zugang zu Erwerbsminderungsrenten ohne Abschläge in Frage. Die gesetzliche Rente soll in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen.

Auch Selbstständige, Beamte und PolitikerInnen sollen in sie einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir aufheben. Dadurch wird mehr Geld in die Rentenkasse eingezahlt, das dann gerechter verteilt werden kann. Dieser Solidarausgleich soll erweitert werden, damit Phasen der Erwerbslosigkeit oder Kinderbetreuung und niedrige Löhne nicht in die Altersarmut führen. Insbesondere sollen für Arbeitslosengeld-II-Beziehende höhere Beiträge zur Rentenkasse geleistet und die Rentenansprüche von Geringverdienenden aufgewertet werden. Ungerechte Berechnungsgrundlagen in der Rente zwischen Ost und West müssen 20 Jahre nach der deutschen Einheit endlich beseitigt werden. Kein Mensch soll im Alter weniger als 800 Euro aus der Rente oder Grundsicherung haben. All dies muss von einer Politik für gute Arbeit und gute Löhne flankiert werden.

Mit diesen Forderungen und Vorschlägen müssen wir auf die Straße; an Informationsständen, in Versammlungen und Veranstaltungen müssen wir die Bürgerinnen und Bürger erreichen. Gerade jetzt. Gerade in den Wahlkämpfen. Weitere Informationen erhalten Sie in Ihrer Geschäftsstelle der LINKEN, bei den örtlichen Fraktionen und zentral unter der Internetadresse: [www.die-rente-die-linke.de](http://www.die-rente-die-linke.de)

Roland Scharp, Blankenfelde

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe **Seite 2**

### Zitiert ...

*Bloßes Lob des Friedens ist leicht, aber ineffektiv. Was gebraucht wird, ist aktive Beteiligung im Kampf gegen den Krieg und jede Angelegenheit, die zu ihm führt. Töten im Kriege ist für meine Auffassung um nichts besser als gewöhnlicher Mord.*

Albert Einstein (1879-1955)

**DIE LINKE.**

## Nach dem Volksbegehren nicht die Hände in den Schoß legen

Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ ist beendet. Wir möchten allen danken, die das Volksbegehren unterschrieben haben, den zahllosen ehrenamtlichen Aktiven und den Spendern. Die vielfältigen Aktionen der Kampagne haben in den letzten vier Monaten bewiesen, dass man gemeinsam viel erreichen kann.

Fast zwei Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger teilen das Anliegen des Volksbegehrens, aber es sind zu wenige von ihnen in die Meldeämter gegangen und haben dort ihre Position amtlich bekundet. Die Chance des Volksbegehrens ist vorüber, die Aufgabe jedoch bleibt.

Unser Ziel, den Volksentscheid, haben wir leider verfehlt. Dennoch ist das Volksbegehren auch ein Erfolg für uns und für den Umweltschutz in Brandenburg! Zehntausende Menschen haben sich mit ihrer Unterschrift für die Umwelt eingesetzt. Hunderttausende sind durch das Volksbegehren für die Probleme des Braunkohletagebaus und der Braunkohleverstromung sensibilisiert worden. Noch nie wurde so intensiv, so häufig und so kritisch über das Thema geschrieben und diskutiert. Viele Brandenburger haben sich zum ersten Mal überhaupt damit auseinandergesetzt. Zahllose Kontakte und Netzwerke sind während des Volksbegehrens zustande gekommen und

bestehen weiter. Allein deswegen haben sich das Engagement und der Einsatz in jedem Fall gelohnt, denn der Kampf für den Umweltschutz endet nicht mit dem Volksbegehren.

Nahezu zwei Drittel der Brandenburgerinnen und Brandenburger befürworten – und das schon über Jahre – den mittelfristigen, manche von ihnen sogar den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

Landesregierung und Kohlewirtschaft hingegen setzen weiter auf die unbefristete Nutzung der Braunkohle zur Energieerzeugung – wenn auch unter der Voraussetzung, dass die Kohlendioxid-Abscheidung gelingt.

DIE LINKE in Brandenburg hat sich angesichts dessen schon seit längerem für einen Energiedialog im Land eingesetzt und die Volksinitiative bzw. das Volksbegehren stets als wichtigen Teil dieses Dialogs angesehen. Ziel ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, effiziente Energiebereitstellung sowie -nutzung und günstige Preise mit Klimaschutz, Bewahrung der Heimat und Verantwortung für nachfolgende Generationen verbindet, die Innovationen anregt und die notwendige Wende – hin zur Nutzung erneuerbarer Energien – sozial verantwortungs-bewusst gestaltet. Die entsprechenden Entscheidungen müssen in der näch-

sten Legislaturperiode fallen. Deswegen wollen wir nach dem Volksbegehren nicht die Hände in den Schoß legen, sondern einen neuen Vorstoß für einen Energiedialog in Brandenburg einleiten – rechtzeitig vor den Landtagswahlen und mit Blick auf die nächste Legislaturperiode. Was können Sie persönlich als nächstes tun?

- **Wechseln Sie jetzt zu einem Öko-Stromanbieter.**

Das muss nicht teurer sein und ist das allerwirksamste Mittel gegen die Produktion von dreckigem Braunkohlestrom.

- **Nutzen Sie die Landtagswahl 2009 in Brandenburg, um für eine klimafreundliche Politik abzustimmen.**

Nicht alle Politiker unterstützen den aktuellen weltfremden Kurs in der Energiepolitik.

- **Unterstützen Sie die Umweltverbände bei der Arbeit.**

Bleiben Sie aktiv und informieren Sie sich über die weitere Entwicklung. Es gibt viele Möglichkeiten, weiter zu protestieren. Verfolgen Sie den Verlauf des Planverfahrens, das sich noch die nächsten fünf bis sieben Jahre hinziehen wird und das zahlreiche Interventionsmöglichkeiten bietet.

*Thomas Nord,  
Landesvorsitzender  
DIE LINKE. Brandenburg*

## Auflösung Bilderrätsel



Das Kulturhaus in Ludwigsfelde, vielen noch bekannt als Klubhaus „Arthur Ladwig“, wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Sehr viele schöne Erinnerungen verbinden mich mit diesem Haus – Chorauftritte (1970 sangen wir dort Beethovens „Chorfantasie“), Konferenzen, Kulturveranstaltungen zu den verschiedensten Anlässen mit Chor, Tanzgruppe und Agit-Prop-Gruppe „Die Düsenfipse“, Theateraufführungen, Vorträge in Raum 7/8 – um nur

einige zu nennen. Abitur-Bälle, Jugendweiheveranstaltungen, Eheschließungen - alles das und vieles andere fand statt. Die o.g. Kulturgruppen hatten ihre Probenräume, Einzel-Instrumentalunterricht.

Ich freue mich sehr darüber, dass in der Stadtverordnetenversammlung parteiübergreifend Einigkeit besteht, das Haus in seiner jetzigen Funktion zu erhalten.

*Christa Zernick, Mellensee*

# Eine von Uns

**Gabi: Liebe Ingrid, am 08.02. hast Du Deinen 70. Geburtstag gefeiert. Dazu nochmals die herzlichsten Glückwünsche. Ingrid, in 70 Jahren ist viel geschehen. Lass uns doch mal gemeinsam zurückblicken.**

**Ingrid:** Danke für die Glückwünsche. Geboren wurde ich knapp sieben Monate vor Ausbruch des 2. Weltkrieges. Aufgewachsen bin ich in einer Arbeiterfamilie – mein Vater war Hutarbeiter, meine Mutter Ausnäherin. Wir wohnten bereits damals in Woltersdorf. So wurde ich durch den Krieg, den mein Vater, eingesetzt als Sanitäter, nicht überlebte, die sozialen Verhältnisse und das Leben auf dem Dorf geprägt.

**Gabi: Wie wir alle wissen, bist Du politisch sehr aktiv. Wo liegen die Wurzeln Deines politischen Engagements?**

**Ingrid:** Die Woltersdorfer Schule besuchte ich von 1945 bis 1953. 1952 wurde ich die erste Freundschaftsratsvorsitzende der Pionierorganisation dieser Schule. An der Gerhart-Hauptmann-Schule Luckenwalde war ich Mitglied der GOL der FDJ, 1955 sogar Delegierte des V. Parlaments. Ich habe mich immer für politische Fragen interessiert und bin in politische Verantwortung hineingewachsen. So war es für mich logisch, schon mit 18 Jahren den Antrag auf Aufnahme in die SED zu stellen. Ich wollte mir keine Vorteile verschaffen, ich wollte mitgestalten.

**Gabi: In unserer Partei bist Du meistens an der Basis tätig gewesen, und das ist bis heute so.**

**Ingrid:** Das ist richtig. Ich war in verschiedenen Funktionen tätig, in der FDJ-Kreisleitung Forst/Lausitz, POS Woltersdorf und an der EOS Luckenwalde. Ab 1976 war ich dort Parteisekretär, durchaus kein Zuckerschle-



## Ingrid Köbke

ken. 1989 kam die große Enttäuschung. Ich hatte es immer ehrlich gemeint. Die Schwächen lagen im System, nicht bei einzelnen. So hatte die damalige Parteiführung das Leben meiner Familie und das vieler anderer an die Wand gefahren.

Nach der „Wende“ bauten wir die BO Woltersdorf auf, später dann die BO Nuthe-Urstromtal, zu der zur Zeit zwölf Parteimitglieder und acht Sympathisanten gehören.

1993 wurde mir wegen angeblicher IM-Tätigkeit gekündigt (sogar mit Hausverbot für die Schule). Nach zwei Jahren gerichtlicher Auseinandersetzung wurde zwar meine „Unschuld“ bewiesen, aber ich erhielt Berufsverbot. Durch eine zweijährige ABM gelangte ich dann mit Arbeitslosengeld bis zur Rente. So füllte ich meine von Arbeit freie Zeit mit dem Vorsitz im Gebietsvorstand Luckenwalde, als Kreisvorstandsmitglied, Mitarbeiterin in unserer Redaktionskommission und Gemeindevertreterin von Nuthe-Urstromtal.

**Gabi: Ich weiß, dass Du nicht nur innerparteilich aktiv bist, sondern auch im „normalen Leben“ gut zu tun hast.**

**Ingrid:** Ich lese sehr gern. Deshalb bin ich in der Literaturgruppe des Heimatvereins Luckenwalde und des

Lesestübchens in Woltersdorf, wo wir auch selbst Lesungen gestalten.

Außerdem sind Theater- und Konzertbesuche ein beliebtes Hobby. Dazu gehört auch die Gartenarbeit, die mir viel Freude bereitet. Bis 1994 pflegte ich über die Freundschaftsgesellschaft Kontakte zur russischen Garnison im Stalag. Daraus sind Freundschaften entstanden, die bis heute halten.

Das schönste Hobby ist unsere Familie mit zwei Kindern und zwei Enkelkindern.

**Gabi: Was wünschst Du Dir für die Zukunft?**

**Ingrid:** Persönlich wünsche ich mir natürlich körperliche und geistige Gesundheit, um in der Familie noch einige Jubiläen feiern zu können. Auf politischem Gebiet möchte ich noch ein bisschen mitmischen, z.B. die fünf Abgeordneten unserer Fraktion unterstützen sowie im Gemeindegebiet Nuthe-Urstromtal 170 „LinksBlick“ an die Leser bringen helfen. Ich wünsche mir DIE LINKE noch mehr als Ansprechpartner und Interessenvertreter der Bürger. Das muss öffentlich bekannt werden.

Politik sollte nicht nach Parteibuch gestaltet werden, sondern nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Bürger, also auch parteiübergreifend. Jeder Genosse sollte so viel für DIE LINKE leisten, wie er gesundheitlich dazu in der Lage ist. So könnte sich die Arbeit besser verteilen.

Wir sollten immer ehrlich zueinander sein und bedenken, dass Gleichgesinnte an unserer Seite stehen, keine Gegner. Das sollte immer den Umgangston bestimmen.

DIE LINKE möge ohne Unterstellungen und Verdrehung der Geschichte an ihrem Beitrag zum Wohle der Gesellschaft gemessen werden.

**Gabi: Liebe Ingrid, vielen Dank für das Interview.** Gabi Pluciniczak

**P.S.: Ich bedanke mich herzlich bei allen, die mir zu meinem 70. Geburtstag viel Gutes gewünscht und mich so reichlich beschenkt haben. <**

# TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

## Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

### Neuregelung der Pendlerpauschale

Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2008 entschieden, dass die Neuregelung der Entfernungspauschale durch das Steueränderungsgesetz 2007 mit den Anforderungen des allg. Gleichheitssatzes des Art. 3 Abs. 1 GG an eine folgerichtige Ausgestaltung einkommenssteuerrechtlicher Belastungsentscheidungen nicht vereinbar und damit verfassungswidrig ist.

Der Gesetzgeber ist nunmehr verpflichtet, rückwirkend zum 1. Januar 2007 die Verfassungswidrigkeit durch Änderung der Rechtslage zu beseitigen. Betroffen von der faktischen Kürzung der Entfernungspauschale waren bundesweit ca. 15 Mio. Steuerpflichtige, wovon fast die Hälfte aufgrund kürzerer Wegstrecken gar keine Kosten für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeit mehr absetzen können. Auch viele Arbeitnehmer im Flächenland Brandenburg müssen sich immer mehr den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen und zum Teil

weite Anfahrten mit erheblichen Kosten in Kauf nehmen.

Von den rund 860.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pendeln rund 67% (ca. 580.000) zur Arbeit in andere Gemeinden, Landkeise oder benachbarte Bundesländer.

Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg fordert deshalb die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine zügige gesetzliche Neuregelung einer sozial gerechten und ökologisch sinnvollen Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ab dem ersten Kilometer einzusetzen.

Dabei soll eine Entschädigungsmöglichkeit für Geringverdiener und Berufstätige, die aufgrund ihrer geringen Einkünfte keine Einkommenssteuer entrichten, geschaffen werden. Darüber hinaus ist auch die Absetzbarkeit der Realkosten des ÖPNV für Fahrten zwischen Wohnungs- und Arbeitsstätte zu gewährleisten, um die Benutzung dieser Verkehrsmittel besonders zu fördern.



Zur nächsten Landtagssitzung wird die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg unter anderem einen Antrag zur generellen Entlastung der Wohnungswirtschaft den Altschulden in den ostdeutschen Bundesländern einbringen. Außerdem beantragt die Fraktion DIE LINKE den Investitionsbedarf der Jugendbildungsstätten bei der Umsetzung der finanziellen Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu berücksichtigen und diese in die Förderung aufzunehmen.

**Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan**

Telefon u. Fax: 0 33 71 / 40 65 44

## Wechselstimmung in Brandenburg

Erstmals gibt es in Brandenburg eine reale Wechselstimmung. 56% der Brandenburgerinnen und Brandenburger meinen, es sei Zeit für einen politischen Wechsel. 41% sehen das nicht so. Im Januar 2008 waren erst 50% für einen Wechsel und 47% dagegen. Interessant ist vor allem, dass der Wunsch nach einem Wechsel bei den Wählerinnen und Wählern der LINKEN von 65% auf 84% gestiegen ist und bei denen der SPD von 31% auf 45%! Das belegt eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts emnid, die die Brandenburger LINKE in Auftrag gegeben hatte. Dazu wurden 1000 Brandenburgerinnen und Brandenburger im Zeitraum vom 21.01. bis 06.02.2009 telefonisch be-

fragt. Die Umfrage belegt außerdem eine wachsende Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Das gilt sowohl für das Land als auch für den Bund. Die Landesregierung erreicht in zentralen Politikbereichen bestenfalls durchschnittliche Schulnoten.

Besonders in der Kritik steht offensichtlich die Politik des Niedriglohnstandortes Brandenburg, die durch die Landesregierung offensiv vertreten wird. Zugleich lässt die Bindungskraft der jetzigen Regierungskoalition aus SPD und CDU nach. Nur noch 44% der Brandenburgerinnen und Brandenburger finden, dass SPD und CDU die Landesregierung bilden sollten. Im Januar 2008 waren es noch 46%. Schon damals weniger als SPD bzw.

CDU wählen wollen (zusammen 58%, heute zusammen 57%). Ebenso wie vor einem Jahr wollen 39% eine Regierung aus SPD und DIE LINKE, 9% eine Regierung aus LINKE und CDU (2008 – 8%). Also eine wachsende Mehrheit will eine andere Regierung als die jetzige. Während die Zustimmung zu Rot-Rot in der Wählerschaft bei der LINKEN unverändert bei sehr hohen 85% (2008 – 87%) liegt, ist vor allem die wachsende Zustimmung bei der Wählerschaft der SPD interessant. 2008 waren 36% der SPD-Anhänger für diese Variante und 59% für eine weitere Koalition mit der CDU. Jetzt sind 42% für Rot-Rot und noch 51% für die Fortsetzung der jetzigen Koalition. <

## Europawahlen 2009



**Zur Europawahl 2009 sprach Tina Senst mit dem Stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Ralph Krech, der auch im Sprecherrat der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik mitarbeitet.**

*Tina: In unserem letzten Gespräch hast Du auf Migration als einen von drei wichtigen Themenbereichen verwiesen, um die sich linke Politik in der Europäischen Union kümmern sollte. Warum?*

*Ralph:* In der Migrationspolitik der Europäischen Union brauchen wir eine völlige Kehrtwende. Schon als Manfred Kanther 1993 Bundesinnenminister wurde, hat die damalige schwarzgelbe Regierung auf eine EU-weite restriktive Politik in der Zuwanderung gesetzt, die dann national umgesetzt wurde.

Seit der ersten Regierung Berlusconi im Jahr 1994 hat das konservative Italien eine (Anti-)Migrationspolitik betrieben, die mit dem Ausruf des landesweiten Notstands im Juli vergangenen Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Ich nenne die-

se beiden Beispiele um zu verdeutlichen, dass bereits seit über zwanzig Jahren in der EU und in den Nationalstaaten eine Politik der „Geschlossenen Gesellschaft“ betrieben wird, die eine schwere Bürde für unsere Zukunft darstellt. Kulturelle und soziale Armut sind nur eine der vielen negativen Konsequenzen dieser Politik. Wenn wir uns nicht zu einer Einwanderungsgesellschaft bekennen, werden wir bald feststellen, dass unser Sozialsystem um die Ohren fliegt, weil zu wenig Junge zu viele Alte versorgen müssen. Weil in unserer Gesellschaft zu wenig Kinder geboren werden, brauchen wir Menschen aus anderen Ländern, die bei uns beschäftigt sind und in unser Sozialsystem einzahlen, damit es nicht kollabiert. Eine Einwanderungspolitik mit Hirn, Herz und Hand braucht EU-weite Koordination und Kooperation.

*Tina: Warum könnte Deutschland nicht allein handeln statt auf die träge EU zu warten?*

*Ralph:* Die sogenannte „dritte Säule“, also die Harmonisierung des Strafrechts innerhalb der EU, ist ein Bereich, der eng mit Migration zusammenhängt.

Eine restriktive Migrationspolitik befördert auch zugleich illegale Migration. Menschenhandel und Schlepperei sind mittlerweile integraler Bestandteil Organisierter Kriminalität, zwischenzeitlich mit größeren Profiten als in der Drogenkriminalität.

*Tina: Zu den Bereichen Militarisierung und dem Stopp der Massenarbeitslosigkeit würden wir gern in der nächsten Ausgabe etwas von Dir hören. Für heute danke ich Dir für dieses Gespräch. <*

## Unser Vertrauen für Peter Dunkel

Am 11. Februar 2009 trafen sich alle Mitglieder der Partei DIE LINKE zur Gesamtmitgliederversammlung des Wahlkreises 23 im Klubhaus Ludwigsfelde, um ihren Kandidaten für die Wahl zum 5. Landtag Brandenburg zu nominieren.

Alle Anwesenden, es waren von 98 geladenen Mitgliedern 45 sowie sechs Gäste anwesend, wurden von Wolfram Burkhardt, Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE Ludwigsfelde, begrüßt. Nach der Konstituierung der Gesamtmitgliederversammlung stellte sich unser Kandidat vor.

Peter Dunkel ist Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde.

Bereits vor fünf Jahren hat er schon einmal für den Landtag Brandenburg kandidiert. Er möchte seine Erfahrungen, die er in der Kommunalpolitik hat, in die Arbeit im Landtag einbringen. Oft wird der LINKEN von anderen Parteien vorgeworfen, mit dem Leid der Armen zu hausieren.

Doch die Arbeit der Fraktion in Ludwigsfelde belegt, dass Erfolge möglich sind. In der Stadtverordnetenversammlung in Ludwigsfelde am 10. Februar 2009 wurde eine Satzung zur Übernahme der Kosten der Mittagsversorgung für Kinder und Schüler in der Stadt Ludwigsfelde beschlossen. Wenn das kein Erfolg ist! Auch die Demokratie möchte Peter mehr in den

Vordergrund bringen, z.B. durch die Einbeziehung von berufenen Bürgern in die kommunalpolitische Arbeit. Auch die Kinderarmut und die Bildungspolitik in diesem Land fordern ihn heraus. Von Jürgen Akuloff gab es eine überzeugende Für-Rede, so dass Peter Dunkel von 43 Genossinnen und Genossen als Kandidat für die Landtagswahl 2009 bestätigt wurde. Herzlichen Glückwunsch.

Als letzten Tagesordnungspunkt gab uns Roland Scharp Informationen zur Rentenkampagne der LINKEN, die ein Thema des Wahlkampfes sein wird.

*Gabi Pluciniczak,  
Berkenbrück*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### aus erster Hand von Maritta Böttcher

#### Wenn Obama den Nahostkonflikt wirklich lösen will, kann Israel das auch nicht dauerhaft verhindern.

Obwohl die Wahlen in Israel für Netanjahu nicht den erwarteten Erfolg gebracht haben, kann er wohl mit zwei ziemlich rechten Parteien die Regierung bilden. Das wäre eine Katastrophe. Israel braucht eine Regierung, die ernsthaft einen Neuanfang in der Politik wagt. Wer Sicherheit für Israel will, muss endlich den UNO-Beschluss von 1947 verwirklichen, der die Bildung des Staates Palästina und des Staates Israel vorsieht.

#### Menschen mit Europäischer Sozialunion zurückgewinnen

Am 3. Februar wurde Sylvia-Yvonne Kaufmann, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Europaparlament, mit dem Bundesverdienstorden geehrt. Gewürdigt wurden ihr Engagement für die Werte und Prinzipien, auf denen die europäische Einigung beruht, und ihr beharrlicher Widerstand gegen nationalistische Angriffe auf das Europäische Projekt.

Ihre Vorschläge für Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene haben mit der Zustimmung durch den zuständigen Ausschuss eine erste wichtige Hürde genommen. Der europäische Einigungsprozess müsse „vor den Herrschenden geschützt werden, die mit ihrer neoliberalen Politik die europäische Integration gefährden und nationalistischem Denken Tür und Tor öffnen“, betont die Europa-Fachfrau.

#### Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009

Der Finanzmarkt-Kapitalismus und seine neoliberale Ideologie sind gescheitert. Wir befinden uns in einer tiefen Krise von Demokratie und Gesell-

schaft. Die öffentliche und demokratische Kontrolle des gesamten Finanzsystems muss jetzt durchgesetzt werden. Die Kosten der Krise müssen wesentlich von den Profiteuren des Finanzmarkt-Kapitalismus getragen werden. Deshalb fordert DIE LINKE eine Vermögensabgabe auf höchste und hohe Geldvermögen in Deutschland (Milliardärs- und Millionärssteuer) zur Finanzierung eines öffentlichen Investitionsprogramms und zur Sicherung der Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen.



#### »Konjunkturpaket« von Union und SPD ist Beruhigungspille.

Das erste „Konjunkturpaket“ der Regierung war eine Mogelpackung, das zweite ist sozial unausgewogen und wird nicht die versprochene Wirkung entfalten. Der Glos-Rücktritt und die Guttenberg-Berufung zeigt eine Regierung, die keinen Plan zur Bewältigung der Wirtschaftskrise hat. Union und SPD waren schnell bei der Rettung von Banken. Jetzt muss dringend mehr in die Taschen derer, die wenig haben – Hartz-IV-Empfänger, Rentner und Studenten-, damit die Binnennachfrage angekurbelt wird.



#### Steuermilliarden nicht zur Sicherung privater Renditeerwartungen missbrauchen

Haben Union und SPD ihre Ankündigung, Managergehälter auf 500.000 Euro begrenzen zu wollen, tatsächlich umgesetzt? Auf entsprechende Nachfragen von Abgeordneten antwortet die Bundesregierung nicht. Jeder Tag, an dem sich die Große Koalition weiter durchmogelt, ist ein schlechter Tag für Deutschland. Deswegen müssen soziale Alternativen auf den Weg gebracht werden.

Ebenfalls versprochen hat die Regierung den Stopp von Dividendenaus-schüttungen, wenn staatliche Gelder in Unternehmen fließen. DIE LINKE ergreift jetzt die Initiative und lässt im Bundestag namentlich darüber abstimmen, bei staatlichen Hilfszahlungen Dividenden ausschließlich zur Sicherung von Arbeitsplätzen oder zum Abbau der öffentlichen Gelder zu verwenden.

#### DIE LINKE unterstützt Großdemonstrationen gegen Krisenpolitik des Bundes.

DIE LINKE gehört zu den Mitunterzeichnern des Aufrufs für die Großdemonstrationen am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main. Der Parteivorstand hat Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aufgerufen, sich an den Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ zu beteiligen. <

## Ziegenhals muss bleiben



Am 8. Februar 2009 fand vor der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals die traditionelle Kundgebung statt, die an die letzte illegale Tagung des ZK der KPD im Jahre 1933 erinnert.

Das Areal und die Gebäude machen einen zunehmend verwahrlosten Eindruck, der Eigentümer und die Regierung des Landes Brandenburg haben kein Interesse daran, dass dieser authentische Ort als Erinnerungsstätte für das Wirken der KPD und deren Widerstand gegen die Machtergreifung

der Nationalsozialisten erhalten bleibt. Der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ e.V. engagiert sich seit Jahren intensiv um den Erhalt des auch international immer mehr Beachtung findenden authentischen Ortes. Ihr Vorsitzender, Genosse Max Renkl, hob in der Einschätzung der gegenwärtigen Lage hervor, dass auch die Partei DIE LINKE auf allen Ebenen das Anliegen des Vereins aktiv unterstützt. Die Gedenkrede hielt der Herausgeber der Zweiwochenzeitschrift „Ossietzky“, Eckart Spoo. Mit eindringlichen Worten erinnerte er an die Tatsache, dass die KPD als einzige Partei die wissenschaftlichen Grundlagen (Marx und

Engels) dafür besaß einzuschätzen, welcher gefährlichen Weg Deutschland mit der nationalsozialistischen Herrschaft nimmt. Er erinnerte daran, dass die Kommunisten den Nationalsozialisten ernsthaften Widerstand entgegensetzten und wegen dieser Haltung als Erste dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen. Seine Mahnung: Wenn die Regierung des Landes Brandenburg die Gedenkstätte in Ziegenhals beseitigen will und im gleichen Atemzug den Wiederaufbau der Garnisonskirche (ein wahrhaftiges Symbol für eine erkonservative Politik) in Potsdam unterstützt, schafft sie einen günstigen Nährboden für das Erstarren nationalsozialistischer Gedankengutes. Kulturell wurde die Kundgebung von der Brecht-Interpretin Gina Pietsch und dem Pianisten Uwe Streibel umrahmt.

M.G.

## Datum als Mahnmal

Zum 27. Januar – dem Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee – fand im Bürgerhaus Wünsdorf ein Podiumsgespräch statt. Eingeladen wurde durch Zossens Bürgermeisterin, Frau Schreiber, und die Stadtverordnete, Frau Michler. Gäste waren Frau Weber vom Moses-Mendelsohn-Zentrum der Universität Potsdam, Herr Hendrik Röder vom Brandenburgischen Literaturbüro und MAZ-Redakteur Frank Kallensee, der moderierte. Circa 80 Zuhörer waren der Einladung gefolgt.

Grundaussagen waren:

- Wir alle, die wir hier sind, haben am Verbrechen des Holocaust keine persönliche Schuld; aber wir haben eine Verantwortung dafür, wie damit umgegangen wird und dass so etwas nie wieder passiert.

- Deshalb ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen gegen jede Form von Antisemitismus und Rechtsradikalismus, den wir leider auch in Zossen erleben.

- Überall muss man denen gegenüber treten, die sagen: „Das hat es nicht gegeben!“

- Das Erinnern muss inneres Bedürfnis werden bei den Menschen. Das ist schwierig, da es die Erlebnisgeneration nicht mehr gibt.

In der Diskussion ging es vor allem darum, der Jugend diesen Teil unserer Geschichte nahezubringen und sie zu einer humanistischen Haltung zu erziehen. Besonderen Beifall löste die Äußerung einer Mutter von vier Kindern aus. Sie spricht privat zu Hause über solche Probleme, erklärt ihren Standpunkt und setzt dadurch Maßstäbe.

Mir fiel dabei der Leitsatz eines großen Pädagogen ein, der lautet: „Erziehung ist Liebe und Vorbild.“ Wir mussten auch vom Podium herab hören, dass wir in der DDR ab den 50er Jahren nichts über den Holocaust gehört hätten. Das widerlegten jedoch Zuhörer, die z. B. über Jugendweihfahrten in ehemalige Konzentrationslager, Filmbesuche von „Nackt unter Wöl-

fen“, Gesprächsrunden mit Veteranen aus eigenem Erleben berichteten. Darüber hinaus waren „Das Tagebuch der Anne Frank“, der Film „Ehe im Schatten“, Friedrich Wolfs „Professor Mamlock“ u. v. m. Unterrichtsstoff in den Schulen der DDR und allgemein bekannt. Der Landrat, Herr Giesecke, rief das Wirken der Hachschara-Stätte in Ahrensdorf (bei Luckenwalde) in Erinnerung, die jüdische Jugendliche auf ihre Ausreise nach Palästina vorbereitet hatte und 1941 aufgelöst worden war. Besorgnis wurde laut über den wachsenden Antisemitismus nicht nur als Randerscheinung. So sollte man im Gaza-Konflikt beide Seiten betrachten. Ergebnis: Auch in Zossen gibt es viele Initiativen zur Aufklärung und zur Beschäftigung mit diesen Problemen, man muss jedoch weiterhin alle Möglichkeiten des Wirkens gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft nutzen.

Christa und Günter Zernick

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Kinderarmut per Gesetz ist verfassungswidrig

DIE LINKE begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichts, nach der die Hartz-IV-Regelleistungen für Kinder gegen das Grundgesetz verstoßen. Das ist eine Ohrfeige für die Regierungen Merkel und Schröder. Nachdem die soziale Realität von Hartz IV in den Gerichten zur Kenntnis genommen wird, fehlt diese Einsicht nur noch aufseiten der Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) – ihren Regierungskollegen manchmal weit voraus – forderte jüngst den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf, er möge einen am Kindesbedarf orientierten Regelsatz für Kinder errechnen lassen – und sie hat Recht. Nur einen Tag später – im Kabinett – wurde sie von ihren Kollegen eingeholt. Für einen kurzen Moment hatte sie begriffen, dass die Verfassungswidrigkeit der Höhe der Kinderregelsätze in Hartz IV sonst bald auch vom Bundesverfassungsge-

richt bestätigt werden wird. Eine Karlsruher Blamage bliebe der Bundesregierung nur dann erspart, wenn sie umgehend reagiert und dem spezifischen Bedarf von Kindern endlich Rechnung trägt, so wie es DIE LINKE seit Langem fordert. Denn Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenem Bedarf. Die geringfügige Anhebung der Regelleistungen nach SGB II bzw. XII für sechs- bis 13-jährige Kinder im Konjunkturpaket II ist dafür nicht ausreichend, auch wenn Olaf Scholz dies behauptet. Diese Erhöhung ist eine noble Geste der Bundesregierung – mehr aber nicht. Kinder und Jugendliche unter sechs und über 13 Jahre in Hartz IV gehen durch die Beschlüsse des Konjunkturprogramms fast leer aus. Eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche ist durch das Konjunkturpaket nicht gelungen. Auch der Auftrag des Bundesrates, darin aktiv zu werden, bleibt unerfüllt. Es wird Zeit zu handeln! Bis

die Bundesregierung dem durch eine transparente Ermittlung des Kindesbedarfs gerecht wird, sollte sich eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche an dem orientieren, was der Paritätische Gesamtverband vorgelegt hat. Demnach müssen bis Fünfjährige 276 Euro und sechs- bis 13-Jährige 332 Euro statt bisher 211 Euro erhalten, während 14- bis 17-Jährige 358 Euro statt 281 Euro bekommen sollten. Erforderlich ist zudem eine sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 435 Euro und dessen regelmäßige Anpassung entsprechend der Preisentwicklung.

Für ein menschenwürdiges Leben der Familien hält DIE LINKE eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung für unentbehrlich. <

## Angst kann lähmen...

Wer kennt das nicht? Bei einer friedlichen Demonstration gegen soziale und gesellschaftliche Missstände wird die Demonstration von der Polizei in einen Kessel genommen. Nach mehreren Drohgebärden und Provokationen kommt es zu Übergriffen vonseiten der Polizei.

Die Demonstration wird aufgelöst und nicht selten wird dabei brutale Gewalt, wenn auch meistens nur von vereinzelt Polizisten, eingesetzt. Was manche für einen einmaligen Vorfall halten, ist generelle Praxis bei Demonstrationen, die nicht im Fokus der breiten Öffentlichkeit stehen. So sei an die große Anti-Hartz-IV-Demonstration am 13. Oktober 2007 erinnert, bei der Polizisten einer 50-Jäh-

rigen das Becken brachen oder an die G8-Demonstration in Heiligendamm, wo Polizisten und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen und viel Gewalt versucht haben, jeglichen Protest zu unterdrücken. Kein Polizist wurde bisher dafür zur Rechenschaft gezogen. Und selbst wenn die Robocops von den eigenen Leuten gefilmt werden, wie sie mehrere Journalisten bei der 1.-Mai-Demonstration 2008 verprügelten, ist eine Verfolgung derjenigen sehr schwer.

Die Polizisten tragen nämlich nur eine Hundertschaftennummer auf ihrem Rücken, aber keine eindeutige, personell zugeordnete Nummer. Und selbst diese Hundertschaftennummer wird bei brenzligen Situationen wie beispiels-

weise beim G8 oder beim 1. Mai einfach abgenommen, so dass Straftäter in der Anonymität der grünen Uniformen verschwinden können und niemals zur Rechenschaft gezogen werden. Dagegen stellen wir uns als Linksjugend[´solid] nicht nur, weil wir schon zu oft Opfer von Polizeiübergriffen geworden sind, sondern auch weil wir Polizei-brutalität für einen Rechtsstaat nicht als angemessen sehen.

Deshalb fordern wir eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, damit nicht wieder Demonstranten mit Quarzsandhandschuhen malträtiert und misshandelt werden. Denn Angst kann lähmen, wenn der Rechtsstaat aussetzt!

*Linksjugend TF Nord*

## Leute legt zusammen und kauft Euch dieses Buch!

Wir sind im Superwahljahr 2009 und da kommt „Schwarzbuch Deutschland. Handbuch der vermissten Informationen“ im Rowohlt-Verlag (Januar 2009) heraus.

Gute Bücher sind teuer (25.95 Euro), aber dieses Buch ist wertvoll. Es passt wie die Faust aufs Auge, es gibt die Informationen, die unerhört viele Dinge in diesem Land als Fehlinformation, Verzerrung, Aufbauschung oder pure Lüge enttarnen.

Die Herausgeber, Walter van Rossum (bekannt und bespuckt für „Meine Sonntage mit Sabine Christiansen“ und ebenso als unmöglich bezeichnet „Die Tagesschau – über die Unbegreiflichkeit der Welt in 15 Minuten“) und Gabriele Gillen (u.a. von ihr schon „Hartz IV – eine Abrechnung“) haben 31 ausgewiesene Autoren zu 39 Stichworten gewinnen können. Die kann man natürlich nach Lust und Laune lesen oder einfach dem Tageslauf eines Normalbürgers folgend: Wenn die Stromrechnung kommt, dann Kapitel „Energie“ (Rüdiger Lietke, Politikwissenschaftler und Journalist, Köln) mit sehr informativen Fakten zur Rolle und Wirkung der großen vier Oligarchen im Sektor: RWE, Vattenfall, EnBW und E.ON. Fahren wir gerade im überfüllten unpünktlichen Regional-Express, empfiehlt sich das sehr erhel-

lende Kapitel „Bahnprivatisierung“ (Volker Bräutigam, freier Journalist und ehemaliger Redakteur bei der „Tagesschau“, Hamburg) und sehr bald wird das Rollen der Räder von des Lesers Grollen über diese Umstände übertönt werden: Will doch der Gröbraz (Größte Bahner aller Zeiten) Mehdorn tatsächlich ein immer zu alimentierendes Gesamtgebilde aus Flugzeug, LKW, Schiff und Schiene formen, wenn in chauvinistisch hegemonialer Zielstellung es darum gehen muss, dass deutsche Waren und deutsche Bundeswehrkontingente gesteuert von deutscher Hand ungehindert weltweit verkehren können.

Sollten sich Husten und Schnupfen unser gerade bemächtigt haben, lohnt auf alle Fälle das zügige Studieren des Eintrages „Gesundheitswesen“ (Herbert Weißbrod-Frey, Leiter des Bereiches Gesundheitspolitik beim ver.di-Bundesvorstand Berlin). Der gibt Ihnen Stoff für Entwarnung und Wut zugleich wegen des hoch infektiösen Beschisses: Die Kosten für das Gesundheitswesen sind keineswegs explodiert und daher Zuzahlungen und Leistungsreduzierung gerechtfertigt, sie sind seit vielen Jahren total stabil. Der Ausgleich zwischen den Krankenkassen, speziell von den privaten geleistet, dient nicht etwa der besseren

ländlichen Versorgung, z.B. im Osten, sondern der Bezahlung der ärztlichen Überversorgung in westdeutschen Ballungsgebieten. Das muss man wissen. Hatschi! – Gesundheit!

Gerade rechtzeitig auch im Jahr der vielen Jubiläen und runden Gedenktage, in denen nach Möglichkeit die DDR als unbegreifliches historisches Unwesen darzustellen versucht wird, kommt in seinem Beitrag „Rechtsstaat“ Helmut Kramer, Dr. jur. und von 1972 bis 1995 Richter an einem Oberlandesgericht, zu einem bemerkenswerten Schlusssatz in seiner Abhandlung „Nach dem Grundgesetz soll die Bundesrepublik ein sozialer Rechtsstaat sein. In der Justizpraxis ist sie es nicht“ (Seite 486). Als hätten wir es geahnt, wenn wir uns an Heiligendamm, den Prozess gegen die Kofferbomber oder das Schicksal von Murat Kurnasz erinnern.

Es ist schon verblüffend: 31 Stimmen, eine Meinung: Die Bundesrepublik ist nicht so, sie tut nur so.

Das Buch hilft zu klären, wie wir das Kreuz mit dem Kreuzchen-Setzen lösen sollten. Mit dem Kreuz an der richtigen Stelle!

Es herrscht nicht nur Finanzkrise, sondern auch Produktions-, Politik- und Demokratiekrise.

*Frank Schubert, Langerwisch*

### Brandenburg-Demo

Unter dem Motto:

„Nicht einsam – Gemeinsam gegen Krieg und Sozialabbau“ rufen die „Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB)“ und die „Friedenskoordination Potsdam (Friko)“ zur vierten Brandenburger Demonstration gegen Sozialabbau und zum achten Potsdamer Ostermarsch auf.

**Sonnabend, den 4. April 2009 um 14.00 Uhr in Potsdam am Luisenplatz (Brandenburger Tor) <**

### Landtagswahlen 2009



### Kornelia Wehlan gewählt

54 Ja-Stimmen und eine Enthaltung – das ist das Ergebnis der Gesamtmitgliederversammlung im Landtagswahlkreis 24.

Von den 55 anwesenden Mitgliedern des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd und des Stadtverbandes Luckenwalde wählten in der Gaststätte „Zum Grafen Bülow“ in Dennewitz die Genossinnen und Genossen Kornelia Wehlan zu ihrer und damit

unserer Direktkandidatin im Landtagswahlkreis 24 zur Landtagswahl 2009.

Kornelia Wehlan wird also ihr bei der letzten Landtagswahl souverän errungenes Direktmandat im Amt Dahme/Mark, in den Städten Jüterbog und Luckenwalde sowie den Gemeinden Niederer Fläming und Niedergörsdorf verteidigen können.

*Felix Thier, Luckenwalde*

## Ein Buch über Bücher

Wer sich für Bücher interessiert, kennt den Namen Elmar Faber, zumindest aus Artikeln im ND. Zu DDR-Zeiten war er u.a. Cheflektor im Bibliographischen Institut Leipzig und Verleger des Aufbau-Verlages Berlin. 1990 gründete er zwei neue Unternehmen: den Aufbau-Taschenbuchverlag in Berlin und den Verlag Faber & Faber in Leipzig. Gewiss, der Leipziger Verlag ist elitär und man muss bei einem Besuch seinen Geldbeutel ganz festhalten. Faber ist ein Ästhet:

„Ein Buch ist mehr als bedrucktes Papier. Es ist eine Schöpfung vieler Zweige der angewandten Kunst, ohne deren Leistung das geschriebene Wort nicht voll zur Geltung gebracht werden kann.“ Mit Interesse und Gewinn las ich „Die Allmacht des Geldes und die Zukunft der Phantasie, Betrachtungen zur Bücherwelt“ von Elmar Faber. Faber ist tief in die Geschichte der Herstellung und des Vertriebs von Büchern eingedrungen. In den Kapi-

teln „Das Taschenbuch“, „Das Sachbuch“, „Autoren und Verleger“ breitet er eine Fülle historischer und aktueller



Details aus, die auch einen lesehungrigen Laien interessieren dürften.

Sehr gespannt war ich auf das Kapitel „Was von den Träumen blieb ... Als Verleger in der DDR. Ein Interview.“

Hat er seiner Vergangenheit abgeschworen und ist zu einem nur auf Profit versessenen kapitalistischen Verleger geworden? Nein, ganz und gar nicht. Herzerfrischend, wie er seinen Verleger abfertigt, der ihn durch provokante Fragen in die Ecke zu drängen versucht und immer von den „schweren Zeiten in der DDR“ spricht. Auf die Feststellung (!) des Intervie-

wers, dass Dissidenten keinen Platz im Verlagsprogramm hatten, antwortet Faber: „Pauschale Vermutungen oder Urteile sind an dieser Stelle die Bügelhalter von Halbwahrheiten.“ An anderer Stelle: „Ich komme jetzt langsam dahinter, dass Sie als historischer Betrachter, als wieder eine Generation danach, die damaligen Schlagworte und Kampagnen ernster nehmen als wir das als bewusst Beteiligte an jener Zeit getan haben und dass Sie andererseits gern einmal einen Bogen um Realitäten machen.“

Faber verweist auf die Fülle herausragender Bücher, die der Aufbau-Verlag herausgebracht hat. Die letzte Frage des Interviewers lautet: „Was wird bleiben von der DDR-Literatur?“

Fabers Antwort: „Jetzt lebt die s.g. DDR-Literatur ein wenig in Bedrängnis. Aber ‚es ist gut in Bedrängnis zu leben‘, meinte eines Tages der alte Montesquieu, ‚das wirkt wie eine gespannte Feder‘.“

**Renate Klettke**

## So funktioniert Kapitalismus

„Ursachen und Wirkung der Finanzkrise“ war das Thema der Weiterbildung, die am 21. Januar in der Geschäftsstelle der LINKEN stattfand. Als Referent war eingeladen Dozent Dr. oec. habil. Ulrich Busch von der Technischen Universität Berlin.

Es geht mir sicher nicht allein so. Über die Finanzkrise wird viel gesprochen, aber verstehen können sie die wenigsten.

Nach Dr. Busch gibt es dazu eine Vielzahl von Erklärungen: Wissen fehlt, Emotionen spielen eine große Rolle, Fehlinformationen durch die Medien, um nur einige zu nennen.

Was ist das Besondere an dieser Krise, denn seit 1980 ist es die 61. Bankenkrise. Jedes Jahr gehen ca. zehn Bankenpleite.

Das Besondere an dieser Krise ist, dass sie sich durch die Globalisierung weltweit ausgebreitet hat. Besonders betroffen sind die USA und Spanien.

Wir haben an diesem Abend auch gelernt, dass sich diese Krise in drei Stufen abspielt. Die erste Stufe im Jahr 2007 war die Geldkrise, gefolgt von der Bankenkrise als zweite Stufe bis September 2008 und als dritte Stufe folgt die Währungskrise, die bisher schon zwölf Länder getroffen hat, u.a. Island, Ungarn, Polen und die Ukraine. In dieser Situation gehen Währungen verloren, das Land ist pleite. Zur Beruhigung wurde uns gesagt, dass es den Euro nicht betreffen wird.

Als Begründung, dass sich die Krise von den USA auf Europa ausgeht, nannte Dr. Busch, dass in den USA vier Banken gestützt wurden, aber Lehman Brothers wurde fallen gelassen. Und ausgerechnet bei dieser Bank hatten viele Europäer ihr Geld angelegt. Die Katastrophe war nicht mehr aufzuhalten. Die Banken geben keine Kredite mehr aus. Es werden keine Kredite mehr aufgenom-

men. Der Vertrauensverlust ist sehr groß. Die Folge davon ist: Die Wirtschaft stagniert. Genau das erleben wir jetzt. In ca. zwei Jahren wird sich das volle Ausmaß zeigen. Deshalb sollten nachfolgende Aussagen der Medien mit Distanz registriert werden:

- Jahrhundertkrise
- Finanzsystem kollabiert
- Ende des Wallstreetdollarregimes
- Ende des Neoliberalismus und des Kapitalismus, um nur eine kleine Auswahl zu nennen.

Für mich kaum nachvollziehbar war die Aussage, dass die Spekulationen mit fiktivem Kapital an der Börse gerechtfertigt sind, solange spekulative Überhöhungen und die Gier nach völlig überhöhten Renditen nicht ins Unermessliche steigen.

So funktioniert eben Kapitalismus (oder auch nicht)!

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*

## Dresden am 13. Februar 1945

Die Dresdner Altstadt versank damals in Schutt und Asche. Die Schätzungen liegen bei 30.000 bis 70.000 Toten. Dresden war militärisch unbedeutend und hatte keine wichtigen Rüstungsbetriebe. Dafür waren sehr viele Flüchtlinge in Dresden.

Es war ein Terrorangriff, der die Bevölkerung treffen und demoralisieren sollte. Ich habe diese Zerstörung als gerade zweijähriges Kind überlebt. Viele Kinder starben an den Folgen noch Tage und Wochen danach. Ich selbst habe noch heute gesundheitliche Schäden davon. Der ganze Wahnsinn des Krieges hat sich in Dresden und anderen Städten ausgetobt.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass in Guernica, Rotterdam, Coventry und London Deutsche mit dieser Art Kriegführung begonnen haben.

## Miteinander verändern!

Meine Gedanken zu solchen Katastrophen formuliere ich folgendermaßen:

Krieg löst keine Probleme, sondern schafft größere neue. Die Unmenschlichkeit des Krieges darf nicht zu neuem Hass und nationaler Überheblichkeit führen, sondern muss uns dazu bringen, andere Völker zu achten und mit ihnen freundschaftlichen Umgang zu suchen. In Zentraleuropa ist es auch teilweise Wirklichkeit geworden. Im Osten Europas ist dieser Weg oft noch sehr schwierig. Auf den anderen Kontinenten unserer Erde toben teilweise weiterhin schreckliche Kriege und wird weiterhin Hass durch weltweite Monopolinteressen geschürt.

Dresden kann als gutes Beispiel für den Abbau von Hass und Rachege danken gelten.

## *Glückwünsche*

Edgar Creutzburg in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 11.03.  
Gerhard Buchmann in Ludwigsfelde zum 83. Geburtstag am 14.03.  
Marlis Nimz in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 16.03.  
Erich Drengner in Markendorf zum 88. Geburtstag am 22.03.  
Wolfgang Hippauf in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 22.03.  
Rolf Sahr Müller in Großbeeren zum 71. Geburtstag am 22.03.  
Harry Mehlfeld in Mahlow zum 73. Geburtstag am 23.03.  
Rudolf Weide in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 26.03.  
Ursula Borrmann in Mahlow zum 87. Geburtstag am 28.03.  
Werner Stahn in Sperenberg zum 82. Geburtstag am 29.03.  
Irene Schinkel in Jüterbog zum 82. Geburtstag am 05.04.  
Roswitha Ziebarth in Werder zum 82. Geburtstag am 10.04.  
Herrmann Steffen in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 10.04.

## *Herzliche Glückwünsche*

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

**Günter Thiel** in Malterhausen zum **75.** Geburtstag am 11.03.  
**Gerhard Bieneck** in Trebbin zum **85.** Geburtstag am 20.03.  
**Ernst-Werner Uhlig** in Jüterbog zum **65.** Geburtstag am 21.03.  
**Günter Wach** in Blankenfelde zum **70.** Geburtstag am 24.03.  
**Annemarie Vlk** in Neuheim zum **65.** Geburtstag am 25.03.  
**Jutta Günther** in Ludwigsfelde zum **80.** Geburtstag am 29.03.  
**Erwin Hoberg** in Werder zum **75.** Geburtstag am 29.03.  
**Gerhard Weisigk** in Luckenwalde zum **95.** Geburtstag am 01.04.

Die Ruine der Dresdener Frauenkirche habe ich als notwendige Mahnung gegen Krieg und Zerstörung gesehen und den Wiederaufbau in alter Pracht wollte ich nicht.

Die weltweiten Spenden und der Aufbauwille der ehemaligen Kriegsteilnehmer haben mich aber doch zum Nachdenken gebracht. Heute kann ich in der neuen Frauenkirche ein starkes Symbol der Versöhnung sehen. Jetzt ist es wichtig, Zeichen gegen nationale Überheblichkeit und rassistische Verblendung in unserem Land zu setzen.

Der Aufruf, am 14. Februar des Dresdener Weges zur Versöhnung zu GEH DENKEN, findet meine volle Unterstützung.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*



**Am 1. Mai 2009** findet das 19. Familienfest der Partei DIE LINKE Teltow-Fläming auf dem Boulevard in Luckenwalde statt.



**Auch in diesem Jahr freuen wir uns auf Livemusik, Kaffee und Kuchen, Infostände von Vereinen und Verbänden sowie unsere beliebte Tombola.**

**Spenden können auf unser Konto überwiesen, Sachspenden in den Geschäftsstellen abgegeben werden.**

## Wahlkonferenzen

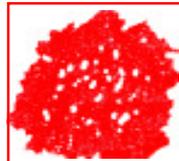
Der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming sowie die anderen beteiligten Kreisvorstände im Wahlkreis 61 berufen zur Wahl des Direktkandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag für den Wahlkreis 61 eine Vertreterkonferenz für Sonnabend, 28. März 2009, 10.00 Uhr nach Belzig, Straße der Einheit 53, ein. Die VertretetrInnen sind in den jeweiligen Basisorganisationen oder Orts- bzw. Stadtverbänden nach dem Schlüssel 1:10 zu wählen. Jede Struktur erhält dabei ein Grundmandat. Gleiches gilt für den Wahlkreis 62. Die Vertreterkonferenz für den Wahlkreis 62 findet am 25. April 2009 um 13.00 Uhr in Potsdam statt. Über den Ort wird nachträglich informiert. Auch hier gilt: Die VertretetrInnen sind in den jeweiligen Basisorganisationen oder Orts- bzw. Stadtverbänden nach dem Schlüssel 1:10 zu wählen. Jede Struktur erhält dabei ein Grundmandat. Die Vertreterkonferenz für den Wahlkreis 63 wurde für den 18. April um 10.00 Uhr in die Amtsstuben in

Schönefeld bei Berlin einberufen. Die VertretetrInnen sind in den jeweiligen Basisorganisationen oder Orts- bzw. Stadtverbänden nach dem Schlüssel 1:10 zu wählen. Jede Struktur erhält dabei ein Grundmandat. Die Vertreter sollen bis zum 5. April gewählt werden <

## Kundgebung

Am Sonntag, dem 19. April 2009, findet um 11.30 Uhr an der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals eine Kundgebung statt. Als Redner ist der Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes, Klaus Hartmann, geplant.

*Max Renkl, Freundeskreis "Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V.*



**Allen Frauen und Mädchen gratuliert der Kreisvorstand DIE LINKE Teltow-Fläming zum Internationalen Frauentag.**

## IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36

Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36

14913 Jüterbog, Große Str. 62

Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

Spendenkonto: 363 302 7415

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 11. Februar 2009, der nächsten Ausg.: 11. März 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

## Termine

**04.03.09 14.00 Uhr**  
Frauentagsfeier Gebiet Luckenwalde  
Genossenschaftliche Begegnungsstätte Wüst

**05.03.09 17.30 Uhr**  
Regionalvorstand TF Süd  
Geschäftsstelle Jüterbog

**10.03.2009 18.30 Uhr**  
Koordinierungsrat  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**16.03.2009 19.00 Uhr**  
Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**18.03.09 14.00 Uhr**  
Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

### Vortrag und Gespräch

**Prof. Ernst Bienert**  
referiert zum Thema:

**Gute Arbeit - Gute Löhne - Gute Rente**

Montag, 18. März 2009,  
17.30 Uhr, Geschäftsstelle DIE  
LINKE, Zinnaer Straße 36  
in Luckenwalde

**23.03.09 18.00 Uhr**  
Fraktionssitzung Kreistag TF  
Kreishaus Luckenwalde

**28.03.09 10.00 Uhr**  
Vertreterkonferenz zur Wahl des Direktkandidaten zur Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 61  
Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE  
Potsdam-Mittelmark

**30.03.09 17.00 Uhr**  
Kreistag Teltow-Fläming  
Kreishaus Luckenwalde